

<b>Zeitschrift:</b>	Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
<b>Herausgeber:</b>	Historischer Verein des Kantons Bern
<b>Band:</b>	79 (1996)
<b>Artikel:</b>	Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 3, Tradition und Aufbruch 1881-1995
<b>Autor:</b>	Junker, Beat
<b>Kapitel:</b>	3: Der Appell an heimische Werte
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-1070982">https://doi.org/10.5169/seals-1070982</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### III. KAPITEL

---

#### DER APPELL AN HEIMISCHE WERTE

##### 1. HEIMATSCHUTZ

Industrie und Fremdenverkehr veränderten im späteren 19. Jahrhundert das Bild der Landschaft und das Denken und Fühlen der Bevölkerung in der Schweiz. Wer dabei materiell profitierte, lobte das als Fortschritt. Aber es sammelten sich Gegenkräfte, für welche sich die Bezeichnung «Heimatschutz» eingebürgert hat. Bei den einzelnen Gruppen und Individuen stand jeweilen die Gefährdung und Zerstörung der Natur, der Tier- und Pflanzenwelt, der überlieferten Bauweise, der dörflichen Lebensart, des einheimischen Brauch- und Schrifttums im Vordergrund. Ähnliche Strömungen zeigten sich auch in anderen Teilen Europas, dort oft verbunden mit einem Hang zur Dämonisierung der Grossstadt, die es im internationalen Sinne des Wortes in der Schweiz gar nicht gab. Traditionelle Werte hatten an Überzeugungskraft verloren, und im Gefühl des Umbruchs und der Unsicherheit suchte man nach neuem Halt bei Bewährtem, aber dennoch Entwicklungsfähigem. Den Vorstrebten führten Künstler, Architekten, Lehrer aller Stufen, Journalisten und Juristen, und Auftrieb gaben ihnen Ereignisse wie die Zerstörung von Teilen der alten Stadtmauern in Solothurn oder Pläne für den Bau einer Bahn auf das Matterhorn, während rund siebzig Jahre zuvor der Schleifung der Schanzen Berns kaum Widerstand erwachsen war. Jetzt aber erregten der Abbruch des alten Torturms in Büren an der Aare, Projekte für eine Ableitung des Fallbachs bei Blumenstein oder für eine Rosenlaui-Bahn von Meiringen auf die Grosse Scheidegg die Gemüter.

Erste Vorstöße für einen Zusammenschluss kamen aus der Westschweiz, doch dann war es die Berner Gesellschaft der Maler und Bildhauer, die Vorbesprechungen einleitete, so dass am 1. Juli 1905 in der Aula der Berner Universität die schweizerische Vereinigung für Heimatschutz gegründet werden konnte. Ungefähr zur selben

Zeit bildete sich eine Berner Sektion, die Ende 1906 fast 600 und ein Jahr später beinahe 900 Mitglieder zählte.

Im Vordergrund stand für den schweizerischen Heimatschutz die Bewahrung von Landschaft, Natur und erhaltenswerten Bauten, wie es die französischen und italienischen Bezeichnungen zeigen: «Ligue pour la beauté», «Ligue pour la conservation de la suisse pittoresque» und «Associazione ticinese per la conservazione delle bellezze naturali ed artistiche». Bei den Bernern gewann früh der Bereich der Trachten, des Volksliedes und namentlich der Sprachpflege und der Mundartdichtung besondere Bedeutung. Persönlichkeiten wie Otto von Greyerz, Simon Gfeller, Carl Albert Loosli und Rudolf von Tavel spielten bei ihnen eine wichtige Rolle, und die Berner setzten zum Beispiel durch, dass dem Schweizer Heimatschutz nicht ein Präsident vorstand, sondern ein Obmann, und sie hielten nicht eine Jahresversammlung ab, sondern ein Jahresbott.

Der bernische Heimatschutz war in der Politik gut verankert und zählte zu seinen Mitgliedern Prominente der verschiedensten Couleur: Freisinnige, wie die Nationalräte Fritz Bühlmann, Grosshöchstetten, Johann Jakob Schär, Langnau, und Johann Hirter, Bern, sowie Bundesrat Ludwig Forrer, ferner Regierungsrat Friedrich Burren von der Volkspartei, den konservativen Nationalrat Ernst Wyss und den sozialdemokratischen alt Nationalrat Brüstlein, aber auch Koryphäen des Geisteslebens wie Ferdinand Hodler oder den Nobelpreisträger Theodor Kocher. Waren rund vierzig Jahre früher die Kämpfer für die Erhaltung des Christoffelturms von den damals dominierenden Radikalen noch als verzopfte, ewiggestrige Konervative verspottet worden, so fand nun das Alte Verteidiger in allen Kreisen der Gesellschaft.

Einzelne Erfolge stellten sich schon früh ein. So erhielt der Kanton Bern bereits 1902 ein «Gesetz über die Erhaltung der Kunstaltertümer und Urkunden», das freilich im Einzelfall oft noch wenig bewirkte, und 1907 wurde in das kantonale Wasserrechtsge- setz die Bestimmung aufgenommen: «Bei der Konzessionserteilung ist dafür Sorge zu tragen, dass bei Ausführung der projektierten Anlagen Naturschönheiten tunlichst geschont und gewahrt werden.» Dem Grossrat, der diese Ergänzung verlangt hatte, ging es

dabei allerdings weniger um die Natur als um den Schutz der Sehenswürdigkeiten für den Fremdenverkehr. Das Einführungsgesetz des Kantons Bern zum schweizerischen Zivilgesetzbuch legte zudem 1911 in seinem Artikel 83 fest: «Der Regierungsrat ist berechtigt, auf dem Verordnungswege zum Schutz und zur Erhaltung von Altertümern, Naturdenkmälern, Alpenpflanzen und anderen seltenen Pflanzen, zur Sicherung der Landschaften, Ortschaftsbilder und Aussichtspunkte vor Verunstaltung und zum Schutze von Heilquellen die nötigen Verfügungen zu treffen.» Geistiger Vater dieser Verfügung wie des ganzen Einführungsgesetzes war Nationalrat Fritz Bühlmann, der mit seiner Familie als einer der ersten auf den Hügeln des Emmentals Ski fuhr und auf eidge-nössischer Ebene Entscheidendes beitrag zur Schaffung des Nationalparks im Unterengadin.

Zwar gab es auch Abweisende, nach denen «Heimatschützler, Abstinenzler und Stündeler alle zur nämlichen Sorte von Leuten» gehörten. Ihnen gegenüber betonte der Heimatschutz, «dass wir den gewaltigen Errungenschaften der neuzeitlichen Technik und den modernen Verkehrsverhältnissen nicht gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen, sondern sie als Ausdruck eines stolzen Kraftbewusstseins willkommen heissen, sofern sie nur, neben den materiellen, auch die ideellen Werte unserer Kultur hochachten und berücksichtigen». Bei geplanten Kraftwerken im Oberhasli müssten allerdings einzelne Seelein und Wasserfälle geopfert werden. Dafür entstünden vielleicht neue Schönheiten. Der Heimatschutz, «der ja durchaus modern sein will», könne «bei solchen grossen, neuzeitlichen Aufgaben [...] durch freudiges Mitarbeiten zeigen, dass wir mit unserer Zeit zu marschieren verstehen und dadurch manches Vorurteil gegen uns zerstreuen». Der Berner Heimatschutz lehnte es auch «grundsätzlich ab, gegen Bergbahuprojekte einzuschreiten, die von einer vernünftigen Verkehrspolitik gefordert werden und der Würde und Schönheit des Berner Landes keinen Eintrag tun. Eine mit Rücksicht auf das Landschaftsbild angelegte Bahnlinie kann dessen Reiz geradezu erhöhen, wie die Albulabahn zeigt. Und eine praktische Aussichtsgipfelbahn, wie die glücklich geführte Niesenbahn, welche undankbare lange Wegstrecken erspart und demokratische

Preise hat, dürfen wir guten Gewissens willkommen heissen. Unser Kampf gilt nur der rücksichtslosen Privatspekulation auf diesem Gebiet, die künstliche Bedürfnisse schafft, bloss dem Luxus dienen will und – neben ökonomischer Schädigung der bereits vorhandenen, auf lange Zeit ausreichenden Aussichtsbahnen – eine Reihe von andern unwürdigen Nebenerscheinungen zeitigt, wie den Bodenschacher, den Brotneid der Talschaften, den Massenbetrieb und die Störung ruhiger edler Landschaften durch oberflächliches Reisenvolk. In jedem Einzelfall muss eben genau geprüft werden, bevor wir mit unpraktischen Wortprotesten eingreifen; der gesunde Idealismus kommt sicher nicht zu kurz, wenn er in reifer Weise mit der Wirklichkeit rechnet.» Auch gegen geplante Arbeiterwohnungen im Berner Matte-Quartier – am Fusse der Plattform – schritt er nicht ein, «da wir grundsätzlich auf dem modernen Standpunkt stehen, dass alte ungesunde Wohnungen, selbst wenn sie malerisch sind, neuen zweckmässigen Forderungen weichen müssen».

Am entschlossensten kämpfte der Heimatschutz gegen schreiende Reklametafeln, welche Ortsbilder und Landschaften verunstalteten. In den meisten Fällen konnte er Minderwertiges nur hinterher anprangern, nur reagieren statt zuvorkommen. Immerhin versuchte er besonders beim Bauen erzieherisch zu wirken, indem er in seinen Publikationen schlechten Beispielen immer wieder gute im Bilde gegenüberstellte, etwa Werke von Architekt Karl Indermühle, dem zweiten Obmann des Berner Heimatschutzes nach Otto von Geyrerz. Indermühle schuf auch das «Dörfli» für die Landesausstellung von 1914, das in einheitlichem Stil bewusst Anregungen für die Gestaltung einer Schweizer Ortschaft gab, während an der Genfer Landesausstellung von 1896 das «village suisse» noch in buntem Gewirr Gebäude aus den verschiedensten Gegenden der Schweiz nebeneinander gestellt hatte.

Otto von Geyrerz erschloss durch seine mehrbändige Sammlung «Im Röseligarte» viele Volkslieder wieder für Kreise, die bisher fast nur den Fest- und Männerchorgesang gekannt hatten. Dazu schuf er in grosser Zahl Mundartstücke, die vor allem das «Berner Heimatschutztheater» als Laienbühne aufführte und womit es an der Landesausstellung viel Beifall gewann.

Die Heimatschutzbewegung zeugte von einem Aufbruch, wie er sich ähnlich kundtat in der Gründung der schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde oder etwas später in der schweizerischen Trachtenvereinigung. Ausbruch aus dem Altgewohnten suchten aber ungefähr gleichzeitig auch die Anhänger der Alkohol-Abstinenz, einer natürlichen Bekleidung, moderner Sportarten wie des Fussballs oder des Wanderns in neuen Formen wie die sogenannten Wandervögel. Diese Strömungen erlebten ihre grosse Zeit zum Teil erst nach dem Ersten Weltkrieg. Doch manches, was damals blühte, keimte bereits vor 1914, ja sogar vor der Jahrhundertwende.

Wenig Beziehungen ergaben sich dagegen vom Heimatschutz zu einem anderen Aufbruch von damals, nämlich zur Frauenbewegung. Wohl hatte im Welschland die Malerin Marguerite Burnat-Provins als erste und besonders engagiert zum Einsatz für die Landschaft aufgerufen. Der Berner Heimatschutz aber zählte in seiner Frühzeit eher wenige weibliche Mitglieder und keine in führenden Rollen.

Der Heimatschutz pries in einer Gesellschaft in voller industrieller Entwicklung die intakte Natur, das Landleben früherer Zeiten und überhaupt das Überlieferte als Vorbild. Manche Lebensformen des Bürgertums an der Jahrhundertwende empfand er als materialistisch und eng, und doch war auch ihm das Nationale Richtschnur und lehnte er Kosmopolitismus oder andere Einflüsse aus dem Ausland ab. Damit nahm er manches Fühlen und Sehnen der Schweizer um 1900 auf, verwandelte sich aber auch in inneren Widerspruch<sup>63</sup>.

## 2. DIE LANDESAUSSTELLUNG VON 1914

Das 19. Jahrhundert war, wie in aller Welt, auch in der Schweiz eine Zeit der Ausstellungen. Ursprünglich boten sie vor allem dem Gewerbe und später der Industrie Gelegenheit, Kunden für ihre Erzeugnisse anzulocken und mit neuen Produkten und Verfahren Interesse und Initiative der Berufsgenossen anzuregen. Sie dienten

also der Wirtschaft und nicht dem Patriotismus, der damals in erster Linie an Festen aller Art gepflegt wurde.

Auch Bern beherbergte öfters derartige Veranstaltungen, so 1857 die «Schweizerische Industrieausstellung», der auch Abteilungen über schweizerische Literatur und Kunst sowie eine Schau zur Landwirtschaft angegliedert waren. Raum fand sie in bereits bestehenden Gebäuden, hauptsächlich in der Kavalleriekaserne am Bollwerk, und sie kam aus ohne eigens für sie erstellte Hallen oder Zelte. Sie kann als Vorläuferin der späteren Landesausstellungen gelten, deren Reihe 1883 in Zürich begann und 1896 in Genf fortgesetzt wurde. Schon vorher, nämlich 1891, hatten bernische Wirtschaftsvereinigungen erwogen, sich ebenfalls um einen derartigen Anlass zu bewerben. Der Gemeinderat der Stadt Bern leitete ihr Gesuch an den Bundesrat weiter, doch dann ruhte die Angelegenheit, wenn auch die Gespräche darüber nie ganz abrissen.

Ein entscheidender Tag wurde der 21. Februar 1907, auf den Regierungsrat Kunz interessierte Behörden und Vereine zusammenrief. Die ungefähr achtzig Anwesenden empfahlen für eine Landesausstellung «Bern als gegebenen Ort, und als geeignetsten Zeitpunkt denjenigen der Eröffnung der Berner Alpenbahn» und wählten eine «vorberatende Kommission». Sie besorgte – besonders in vielen Unterausschüssen – die Vorarbeiten, so dass der Regierungsrat im Dezember 1908 die eigentliche Bewerbung beim Bundesrat einreichen konnte. Dieser hiess sie gut, um so mehr, als keine Anträge von anderen Gegenden vorlagen. Eine «Grosse Ausstellungskommission» aus rund 150 Männern – Frauen waren keine dabei – übernahm die Oberleitung. Die Hauptlast aber trug ein Zentralkomitee von gut vierzig Mann und namentlich sein dreiköpfiges Direktionskomitee unter der Leitung von Regierungsrat Carl Moser.

Am 18. November 1909 bewilligte der Grosse Rat ohne Diskussion 500 000 Franken als Subvention, und weitere Beiträge flossen von Bund, Einwohner- und Burgergemeinde Bern her. Aber auch die meisten übrigen Gemeinden des Kantons steuerten das Ihre bei, von den 2000 Franken von Biel und den 1800 von Köniz hinab bis zu den je zehn Franken kleiner Orte im Oberland und im Jura.

Weitere Einnahmen sollten die Eintritte in die Ausstellung und eine Lotterie liefern.

Ursprünglich war die Ausstellung für 1913 geplant, zur Eröffnung der Berner Alpenbahn, ähnlich wie die Zürcher Landesausstellung 1883 in den Umkreis der Feiern für die neue Gotthardlinie gehörte. Weil aber Teile der Ostschiweiz im Lötschbergdurchstich eine unerwünschte Konkurrenz für ihre Projekte am Splügen erblickten und deshalb grollten, entschloss man sich zur Verschiebung der Landesausstellung auf 1914, um so mehr als die Vorbereitungszeit ohnehin knapp geworden war<sup>64</sup>.

Als Standorte in Bern fielen das Murifeld und Holligen früh aus der Wahl. Für Wankdorf- und Beundenfeld waren anfänglich Sportveranstaltungen und landwirtschaftliche Darbietungen vorgesehen und für das Kirchenfeld eine Kunstausstellung in der Kunsthalle, welche am Helvetiaplatz geplant war. Trotz einem gewaltigen fünftägigen Künstlerbazar vom Sommer 1911 in der Reithalle kam aber das Geld für diesen Bau nicht rechtzeitig zusammen, so dass schliesslich die ganze Ausstellung auf dem Neufeld und dem Viererfeld stattfand. Anders als 1883 in Zürich und 1896 in Genf entfaltete sie sich in Bern ausserhalb der eigentlichen Stadt, ohne dass bereits vorhandene Bauten sie einengten oder sogar eine Aufteilung auf mehrere auseinanderliegende Plätze bedingten. Besondere Trümpfe waren die herrliche Aussicht auf Altstadt und Alpenkette sowie als Kulisse der Bremgartenwald, den man im übrigen wenig in die Anlage einbezog. Vom Bahnhof liess sich das Gelände bequem erreichen dank zwei Tramlinien und verbreiterten, geteerten Strassen, die zugleich das Länggass- und das Brückfeldquartier besser erschlossen als bisher.

Hatte bisher das Publikum die Vorbereitungsarbeiten noch wenig beachtet, so erregte von 1911 an der Wettbewerb für ein Ausstellungsplakat Aufsehen. Von über hundert Entwürfen krönte die Jury den «Reiter» von Emil Cardinaux, einen Bauernjüngling mit einer gelben Fahne auf einem stämmigen Ackergaul. Entrüstung und Spott löste vor allem die grüne Farbe des Pferdes aus, die Stoff für Karikaturen und Fastnachtsproduktionen bot. Cardinaux lebte in der Nähe Berns, war aber ein Romand. Doch gerade die West-

schweizer kritisierten ihn am heftigsten. Da man ihn dem Umkreis Ferdinand Hodlers zurechnete, war er ohnehin mit diesem zusammen umstritten und Schmähungen ausgesetzt. Für die Ausstellung jedoch bedeutete die Empörung beste Propaganda, denn fortan war der Anlass in aller Leute Mund.

Verschiedenheiten im Stilempfinden zwischen Deutsch und Welsch zeigten sich auch bei der Architektur. Den ersten Ideenwettbewerb für die Gesamtgestaltung hatte zwar ein Büro aus Montreux gewonnen, das nach französischen Vorbildern historisierende Formen bevorzugte. Sein Projekt wurde aber von anderen Stellen mehrmals überarbeitet, und die Ausführung geschah fast ganz durch Berner Architekten. Deshalb zeugte die Ausstellung nach der Meinung welscher Kritiker von germanischer Architektur und einem «style de Munich». Tatsächlich wirkten die Bauten in ihrer Mehrzahl eher sachlich und nüchtern. Einzelne, namentlich im «Dörfli», waren geprägt vom Heimatschutzgedanken. Die Gebäude sollten die Ausstellung nicht überdauern und verschwanden nach ihrem Ende alle, so dass auf ihren Grundflächen schon 1915 wieder reichlich Gras geerntet wurde. Deshalb bestanden die Bauten meist aus Holz oder aus Eisen und Stahl, während Beton kaum angewendet wurde, obwohl das Verfahren bekannt war. Trotz langen Regenperioden und zerstörerischen Stürmen während der Bauzeit, wurde die Ausstellung pünktlich auf den vorgesehenen Eröffnungstag am 15. Mai 1914 fertig<sup>65</sup>.

Die Berner Landesausstellung übertraf ihre Vorgängerinnen in Genf und Zürich an Fläche und Besucherzustrom. Nur die Zahl der Aussteller hatte leicht abgenommen, weil manche sich für eine kollektive Darbietung ihrer Produkte zusammenschlossen. Immer noch ging es vorab um eine Leistungsschau von Industrie, Gewerbe und Wissenschaft, die zugleich die Tradition pries, aber auch das Selbstvertrauen und den Fortschritts- und Zukunftsglauben der Nation stärken wollte. Kaum eines der Themen der früheren Ausstellungen fehlte ganz. Aber einzelne waren stark ausgeweitet worden oder sogar neu hinzugekommen, etwa Elektrizität, Automobil, Luftschiffahrt, Binnenschiffahrt, ebenso Banken, Kirchen und internationale Büros. Abteilungen über alte Kunst, Friedensbe-

strebungen und über Auslandschweizer waren vorgesehen, wurden jedoch nicht ausgeführt. Neu war der Sportplatz, der neben modernen Sportarten wie dem Fussball auch herkömmlichen wie dem Schwingen und Turnen diente, aber gleichfalls den Landwirten für die Vorführung prämierten Tiere.

Verzichtet hatte man 1914 auf einen Rummelplatz, eine Budenstadt, da «sich die Würde und die Vornehmheit der geplanten Ausstellung [...] nicht vertrage mit der marktschreierischen Aufmachung einer solchen Einrichtung». Immerhin wurde getanzt, und zwar ebensogut Tango wie die hergebrachte Polka. Dazu fuhr die umstrittene «Szeneriebahn», eine Berg- und Talbahn mit Kulissen von Alpenlandschaften, die dem Heimatschutz heftig missfiel. Sein Heimatschutztheater im eher kleinen Saal des «Dörfli» war meist ausverkauft, während beim offiziellen Festspiel «Die Bundesburg» des Baslers Karl Albrecht Bernoulli der Besuch zu wünschen übrig liess. Auch Dokumentar- und ähnliche Filme fanden wenig Zuschauer, weil «die grosse Masse durch Vorführungen von grotesken Humoresken, Detektivromanen etc. verdorben ist und für weniger nervenkitzelnde Bilder kein Interesse verspürt».

Alles in allem war die Landesausstellung von 1914 aus der Tradition erwachsen und in der Gegenwart verwurzelt. Aber deutlicher als ihre Vorläuferinnen suchte sie auch in die Zukunft zu weisen und Impulse für die künftige Entwicklung zu geben. Nach den Worten von Regierungsrat Carl Moser sollte sie «das Schweizervolk von seiner wirtschaftlichen Kraft überzeugen und damit das Gefühl der Selbständigkeit und Zusammengehörigkeit unseres gesamten Volkes und wahrhaft national schweizerisches Denken und Empfinden fördern und stärken». Eine nationale Weiheschau wie die von Zürich 1939 war es aber nicht, auch wenn der plötzliche Ausbruch des Ersten Weltkrieges während ihrer Dauer sie hinterher stärker in diesem Lichte erscheinen liess, als die Veranstalter es beabsichtigt hatten.

Die Ausstellung öffnete ihre Tore am 15. Mai 1914 und empfing im Mai und im Juni an Werktagen um die 20 000, an Sonntagen über 50 000 Personen. Bereits am 23. Juni war die erste Besuchermillion erreicht – früher als bei gleichzeitigen, ähnlichen Veranstal-

tungen im Ausland –, am 30. Juli die zweite und am 25. Oktober die dritte. Schon nach der halben Ausstellungszeit war die für die ganze Dauer veranschlagte Menge der Zuschauer und der Einnahmen übertroffen, ebenso am 6. September die Besucherzahl der Genfer Landesausstellung von 1896. Optimisten rechneten mit fünf Millionen Eintritten, obwohl der Zustrom im Juli leicht nachliess. Da knickten anfangs August Weltkrieg und Mobilmachung solche Hoffnungen. Zwar wurde die Ausstellung nicht geschlossen, sondern später sogar um fast drei Wochen verlängert bis zum 2. November 1914, und in diese zusätzliche Zeit fiel sogar der Tagesrekord der ganzen Ausstellung mit 61 646 Besuchern am Sonntag, den 1. November. Sonst aber fanden sich von Anfang August an deutlich weniger Gäste ein, und vor allem gaben sie ihr Geld nicht mehr so leicht aus wie vorher. Im ganzen besuchten rund 3,2 Millionen Personen die Berner Landesausstellung. Finanziell schloss sie mit einem bescheidenen Einnahmenüberschuss von fast 35 000 Franken ab, also – trotz der Beeinträchtigung durch den Krieg – besser als die Vorgängerin in Genf 1896 mit ihrem Defizit von 740 000 Franken.

Zu diesem Erfolg trug auch die Propaganda bei, für die sich selbst Schriftsteller von hohem Rang gewinnen liessen. Rudolf von Tavel pries den Gästen in einem schmalen Band die Schönheiten der Stadt Bern, Hermann Hesse schrieb Beiträge für die Ausstellungszeitung und Carl Albert Loosli dachte sogar an die Kinder mit seiner Broschüre «Was der kleine Peterli an der Landesausstellung gesehen hat und wie er es zu Hause seinen Geschwistern erzählt». Hermann Hesse glaubte, hinter der Ausstellung stehe «vor allem der Wille zum Gemeinsinn, der Wunsch, sich einander zu zeigen und einander kennen zu lernen». Für den wirtschaftlichen Bereich erreichte sie dieses Ziel im Innern des Landes einigermassen, während für den Export und für den Fremdenverkehr aus dem Ausland eine Belebung des Krieges wegen ausfiel.

Nötig wurde das Kennenlernen und sich Näherrücken aber unverhofft zwischen Sprachgruppen und sozialen Schichten, zwischen denen bald nach dem Kriegsausbruch tiefe Gräben aufklafften, wo man bisher kleine Risse nur wenig beachtet hatte. Hinterher

klang fast prophetisch und beschwörend, was Bundespräsident Arthur Hoffmann an der Eröffnungsfeier der Landesausstellung im Mai 1914 – also Monate vor dem Kriegsausbruch – ausgerufen hatte: «Zuviel noch der Missverständnisse, der Reibungen, der Kämpfe! [...] Geben wir uns Mühe, unbeschadet persönlicher Grundsatztreue, uns in die Denkungsart, die Meinungen und Beweggründe der Angehörigen der verschiedenen Parteien, Konfessionen und Sprachstämme hineinzudenken und, soweit das möglich ist, einen objektiven Massstab für deren Beurteilung zu gewinnen. Dann erst üben wir wahre Toleranz»<sup>66</sup>.

### 3. BERN UND DIE WELSCHSCHWEIZER

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Sommer 1914 klaffte bald ein «Graben» zwischen Deutsch- und Welschschweizern, weil beide Gruppen ihre Sympathien für die Kriegsführenden mit der gleichen Sprache nicht verhehlten. Das musste einen zweisprachigen Kanton wie Bern besonders belasten.

Im Jura überlagerten sich diese Spannungen noch mit Überbleibseln aus der Zeit des Kulturkampfs und mit früheren Kontroversen über besondere Traditionen und Rechte des Landesteils und über seine Stellung im Kanton. Dazu wuchsen seit dem späten 19. Jahrhundert die Furcht vor einer Germanisierung sowie separatistische Strömungen, die aber auf einen eigenen Kanton in der Eidgenossenschaft zielten und nicht etwa auf einen Anschluss an Frankreich.

Der «Graben» war im Bernbiet jedoch nicht nur eine Angelegenheit der Jurassier, sondern ebenso sehr der Romands im alten Kantonsteil. Ihre Zahl war gewachsen, namentlich in der Bundesverwaltung und in den internationalen Büros. So hatte in der Stadt Bern die Zahl der Französischsprechenden zwischen 1888 und 1910 von 1950 auf 4500 Einwohner oder von 4,2 auf 5,3 % der Bevölkerung zugenommen. Etwa von 1890 an fanden sie sich häufiger zusammen in Vereinigungen wie der Association romande, dem Cercle romand oder der Romande de Berne. Sie widmeten sich in erster Linie der Geselligkeit und Freundschaft und veranstalteten kulturelle Anlässe.

Politik, auch Sprachpolitik, lag ihnen fern. Ähnliche Organisationen verbanden nicht die Romands überhaupt, sondern die Genfer, die Waadtländer oder die Bürger eines anderen Kantons in der Bundesstadt.

Als im August 1914 Alliierte und Zentralmächte einander den Krieg erklärten und Deutschland das neutrale Belgien überfiel, erwarteten vor allem Welschschweizer, dass die schweizerische Öffentlichkeit den Gewaltakt gegen einen befreundeten Kleinstaat verurteile. Viele Deutschschweizer sympathisierten aber mit dem Reich Wilhelms II. und fanden sein Vorgehen gegen Belgien mindestens begreiflich.

Gefahr für den inneren Frieden sahen die Behörden eher von der welschen Seite her, und so verbot der Regierungsrat 1915 zum Ärger der Romands Vorträge, in denen ein Augenzeuge über die Zerstörung von Kulturgütern und über brutales Vorgehen deutscher Soldaten gegen Zivilisten in der belgischen Stadt Löwen berichten wollte. Die Regierung handelte – wie sie später in einem anderen Zusammenhang sagte – in der Sorge, dass der Kanton Bern «auf jedem Gebiet, wo es möglich ist, das Bindeglied, der trait d'union zwischen Ost und West, zwischen Deutsch und Welsch sein soll».

Der jurassische Redaktor Léon Froidevaux musste 1916 in Witzwil eine Strafe absitzen, die ihm ein Militärgericht aufgebrummt hatte, weil er in einem Zeitungsartikel die Armee beleidigt habe. Es gehört zur Ironie der Geschichte, dass Froidevaux der Komponist einer Festkantate mit Text von Virgile Rossel war, welche die bernische Regierung zum Jubiläum der hundertjährigen Zugehörigkeit des Juras zu Bern in Auftrag gegeben hatte – für eine Feier, die dann 1915 infolge des Krieges, aber auch wegen des Widerstandes vieler Jurassier gar nicht stattfand.

Solchen Zwischenfällen standen demonstrative Bekenntnisse zu Toleranz und Verständnis zwischen den Sprachgruppen gegenüber. So fanden sich am 26. August 1914 im Berner Münster zahlreiche Teilnehmer ein zu einem gemeinsamen Gottesdienst deutscher und welscher Zunge und gemeinsamem Gesang der Lieder in beiden Sprachen.

Rund zwei Monate später wandte sich der Dichter Rudolf von Tavel als Redaktor des «Berner Tagblatts» in einem grossen Leitartikel «an unsere welschen Eidgenossen». Er sah Anlass zu Missverständnissen im Wesen und Grundverhalten des Deutschschweizers und namentlich des Berners begründet: «Haben wir Deutsch-Schweizer und speziell wir Berner nicht darin gefehlt, dass wir den welschen Eidgenossen zuviel Rätsel aufgaben durch unsere Zurückhaltung mit dem eigenen Urteil über die Ereignisse der Zeit? Wir haben in unseren Blättern vor allem berichtet und über alles geschwiegen. Wir haben keine Proteste erhoben, während unseren Brüdern am Genfer- und am Neuenburgersee das Herz durchgebrannt ist. Ist es nicht so, liebe welsche Eidgenossen? Euch hat es verdrossen, dass wir nicht in eure Entrüstung eingestimmt, sondern uns in Schweigen gehüllt haben, das als Zustimmung zu den traurigen Vorgängen jenseits der Landesgrenze aufgefasst werden konnte.» Aber öffentliche Proteste brächten keinen Nutzen: «In dieser Erwägung erspart sich der Berner lieber die Aufregung, während der lebhafte Welsche schon darin eine Genugtuung findet, dass er seine Stimme zum Protest erhoben hat. Letzteres ist vielleicht idealer, schöner; aber auch die nüchterne Auffassung der Berner hat ihr gutes Recht.» Gönnerhaft belehrte er die Welschen über die Vergangenheit: «Ihr habt noch nie Blut geschwitzt um das schweizerische Vaterland, nicht einmal um eure Zugehörigkeit zu ihm. Wir machen euch daraus keinen Vorwurf und leiten daraus auch keinen Grund ab, euch deshalb in irgend einer Beziehung als minderwertig zu betrachten.»

Auch der Berner stehe den Kriegsereignissen nicht ungerührt gegenüber: «Welcher gebildete Schweizer zwischen Leman und Bodensee beklagt nicht aufs Tiefste den Untergang grosser Kunstdenkmäler? In dem allem sind wir einig. Nur im Ausdruck unserer Gefühle unterscheiden wir uns. Den Welschen verleitet sein lebhaf tes Temperament zu voreiligem Reden, zu raschem Handeln. Er macht sich Luft in entrüsteten Zeitungsartikeln und dröhnenden Protesten. Der kaltblütige Berner hingegen und die hinter ihm in der Ostschweiz wohnen, hüllen sich in Schweigen. Aber das Schweigen ist nicht der Ausdruck der Gleichgültigkeit.» Vielmehr

warte der Deutschschweizer ab, bis hinter Propagandameldungen die Wahrheit an den Tag trete. Eine Trennung von der Romandie wünsche niemand: «Eine einheitlich deutsche Schweiz bliebe ein unheilbar verstümmelter Leib, ein Staatswesen, das als geistige Provinz eines mächtigeren Nachbarstaates weiter vegetieren, aber kaum noch Anspruch erheben könnte auf die Existenz als selbständiges Staatswesen.» Zwar erfüllte es auch von Tavel mit Unbehagen, dass bei einem deutschen Sieg «Europa vollends in Militarismus versinken würde». Aber er verhehlte nicht, dass bei ihm die Sympathien für das deutsche Reich überwogen: «Wenn die meisten unter uns Deutschland siegreich aus dem Kampf möchten hervorgehen sehen, weil wir von einem Triumph des Slaventums nichts gutes zu erwarten haben, so wünscht doch niemand unter uns eine allzu tiefe Demütigung oder gar den Untergang Frankreichs.»

Rudolf von Tavel stand also den Deutschen näher als den Franzosen und suchte mit den Welschen eher das Zusammenleben ohne öffentlichen Streit als eine Aussöhnung über die volle Tiefe der Gegensätze hinweg. Vor allem verzichtete er auf Mahnungen an seine eigenen Sprachgenossen.

Das unterschied ihn von Carl Spitteler, der ungefähr zwei Monate später in seiner kantigen Rede über den «Schweizer Standpunkt» auch den alemannischen Eidgenossen mehr Rücksicht und Taktgefühl empfahl. Spittelers Aufruf wurde von der bernischen Presse vorerst praktisch totgeschwiegen und nur in einer Agenturmeldung kurz erwähnt. Auch C. A. Loosli, der in Zeitungsartikeln Verständnis für die Welschen und ihre Unzufriedenheit zeigte, fand kaum Echo. Die Kämpfe am «Graben» wurden in Bern weniger leidenschaftlich ausgefochten als in der Ost- und in der Westschweiz, und deshalb fanden die intellektuellen Einzelkämpfer auch weniger Resonanz bei ihren Versuchen zu seiner Überwindung<sup>67</sup>.

#### 4. UMSTRITTENE LEHRERBILDUNG

Nach den Wirren um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden im staatlichen Lehrerseminar die Auseinandersetzungen etwas seltener.

Zwar hatte es im Evangelischen Seminar Muristalden einen Konkurrenten erhalten, aber die beiden Anstalten kamen sich nicht allzusehr in die Quere, da es beide brauchte, um den Bedarf an Lehrern zu decken.

Ein neues «Gesetz über die Lehrerbildungsanstalten» verlängerte 1875 die Ausbildungszeit auf 3 bis 4 Jahre, doch blieb es zum Teil auf dem Papier. Mehr geschah dann, als von 1882 an Albert Gobat die Erziehungsdirektion führte. Der Kanton kaufte – fast ohne Diskussion im Grossen Rat – 1884 das «Grosse Haus» und andere Teile des ehemaligen Fellenberg-Gutes in Hofwil und verlegte das Lehrerseminar von Münchenbuchsee dorthin.

Im Februar 1903 stellte dann der Regierungsrat, der in dieser Frage nicht einstimmig war, dem Grossen Rat den Antrag, es sei das Seminar zu vergrössern und gleichzeitig zu gliedern in ein Unterseminar in Hofwil für die beiden unteren und in ein Oberseminar in Bern für die beiden oberen Jahrgänge. Das Oberseminar fand seinen Standort in einem Neubau im Länggassquartier. Es sollte kein Internat mehr bilden, damit die künftigen Lehrer leichter Zugang fänden zu den kulturellen Einrichtungen und zur Lebensart der Stadt.

Gerade das stach Ulrich Dürrenmatt in die Nase. Er kämpfte zwar nicht gegen eine Erweiterung des Seminars, wollte sie aber in Hofwil oder sonstwo auf dem Lande vornehmen, damit die Zöglinge nicht «verstädterten». Grossrat Kästli aus Münchenbuchsee fügte ein weiteres Vorurteil gegen die Stadt bei: «Wir wünschen nicht, dass die angehenden Lehrer in Bern in die Arme der Sozialisten getrieben werden – wie man uns sagt, sind zwei Drittel der städtischen Lehrer Sozialisten – und nachher als Apostel aufs Land geschickt werden, um hier die sozialistischen Lehren zu verbreiten.» Dennoch nahm der Rat die Vorlage, hinter der die Freisinnigen geschlossen standen, hoch an, und da sie im Rahmen seiner Finanzkompetenz blieb, schien der Weg frei für die Durchführung der Reorganisation.

Da sammelte Dürrenmatt mit einigen Helfern in kürzester Zeit 12950 Unterschriften für eine «Seminarinitiative», welche den Grossratsbeschluss rückgängig machen und Seminare nur in Amts-

bezirken mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung erlauben wollte. Sie sollten soweit wie möglich als Konvikte geführt werden. Das Begehrten kam bereits im Dezember 1903 zur Volksabstimmung und wurde mit gut 39 000 Nein gegen 25 000 Ja abgelehnt. Zustimmung überwog in sieben Bezirken, vor allem im Mittelland, Verwerfung in den städtischen und stadtnahen Ämtern sowie den Bezirken des Juras, den die Vorlage nicht direkt berührte. In den Ämtern Erlach und Fraubrunnen fanden sich in den Urnen weniger Ja als seinerzeit Unterschriften für die Initiative. Damit traten die Seminarbeschlüsse des Grossen Rates vom Februar 1903 in Kraft. Sie blieben die Grundregeln der bernischen Lehrerbildung bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts hinein<sup>68</sup>.

Mit der neuen Ordnung für das Seminar hoffte man, interner Unruhe vorzubeugen. Doch sie rührte nicht immer von Problemen der Organisation her, sondern auch von Personen, und in dieser Hinsicht waren bereits vor der Seminarteilung neue Konflikte angelegt. 1898 wurde als sogenannter Konvikthalter, das heisst als Leiter des Internatsbetriebes, Jakob Stump gewählt, der vorher an der Sekundarschule Grindelwald unterrichtet hatte. Er war geprägt von der Friedensbewegung und von der Abstinenzidee und suchte durch Lektüre und auf grossen Wanderungen den Schülern Rätsel und Schönheiten der Natur zu erschliessen, ohne dass er sich von gesellschaftlichen und kirchlichen Traditionen bestimmen liess. Seine Begeisterung erfasste auch manche seiner Zöglinge und trug ihm den Vorwurf ein, er pflanze in die ihm Anvertrauten Fanatismus, Atheismus und Antimilitarismus, obwohl er sich in der Armee als Hauptmann bewährte. Namentlich beim Vorsteher des Unterseminars Hofwil fand Stump gar kein Verständnis, und die beiden trugen ihre Meinungsverschiedenheiten sogar öffentlich in der Presse aus. Seinen stärksten Rückhalt verlor Stump, als Albert Gobat 1906 die Erziehungsdirektion abtreten musste. Stump entschärfte den Konflikt, indem er vom Herbst 1906 an wohl noch als Seminarlehrer wirkte, aber auf die Leitung des Konvikts verzichtete und ausserhalb desselben wohnte.

Damals schwelte aber bereits ein weiterer Streit um Personen. Auf die Eröffnung des neuorganisierten Seminars im Herbst 1905

hin trat der bisherige Leiter der gesamten Anstalt, Emanuel Martig, aus Altersgründen zurück. Als Nachfolger und als Lehrer für Pädagogik wählte der Regierungsrat, sicher unter dem Einfluss Gobats, gegen den Vorschlag der Seminarkommission nicht einen freisinnigen Verfechter bernischer staatlicher Schultradition, sondern den erst 27jährigen Dr. Ernst Schneider aus Langenbruck im Baselbiet. Er hatte das private evangelische Lehrerseminar Muristalden besucht, an einer Gesamtschule in der Gemeinde Wohlen bei Bern unterrichtet, an den Universitäten von Bern und Jena studiert und beim angesehenen Historiker Professor Gustav Tobler mit einer Dissertation zur Geschichte der bernischen Volksschule abgeschlossen. Bernisches war ihm also nicht unvertraut. Doch bald gab es Spannungen mit den Schulinspektoren, der Seminarkommission und der Patentprüfungskommission, die untereinander mannigfach verflochten waren.

Schneider stiess, zum Teil ähnlich wie Stump, Ältere und Verfechter des Herkömmlichen vor den Kopf, indem er den Seminaristen viel Freiheit gewährte und Vertrauen schenkte und sie nach den Vorstellungen der sogenannten Arbeits- statt der Lernschule führte. Schneiders Eintreten für die Freigeld-Lehre von Silvio Gesell als Richtlinie für die Volkswirtschaft erregte eher Kopfschütteln. Empörung schlug ihm aber als Verfechter der Psychoanalyse Sigmund Freuds und ihrer Betonung des Sexuellen entgegen. So kam es, dass Schneider 1911 in seinem Amt vorerst nur provisorisch wiedergewählt, dann aber 1912 doch für eine weitere Amts dauer von sechs Jahren bestätigt wurde. Zum Verhängnis geriet ihm schliesslich der Weltkrieg, der viele Lehrer an die Grenze rief. Als Stellvertreter für sie wirkten oft Seminaristen der obersten Klassen, die zuweilen Unausgegorenes weitergaben und ihren Auftrag mit jugendlicher Unbekümmertheit versahen. Das lastete namentlich der nunmehrige Erziehungsdirektor, Regierungsrat Emil Lohner, der Lehrtätigkeit Dr. Schneiders an und veranlasste ihn 1916, «freiwillig» von seinem Amt zurückzutreten.

Der Streit um Dr. Schneider hatte die Öffentlichkeit und besonders die Lehrerschaft Berns aufgewühlt. Die Erregung machte sich Luft in Versammlungen, Eingaben, Zeitungsartikeln und Broschü-

ren, wobei auffällt, dass Persönlichkeiten aus dem Umkreis der Berndeutsch- und Heimatschutzbewegung wie Otto von Greyerz und Simon Gfeller für Schneider eintraten. Gemessen am äusseren Erfolg war ihr Einsatz umsonst. Direktor des Staatsseminars wurde Dr. Johannes Zürcher, bisher Rektor des Realgymnasiums in Bern. Schneider wirkte nach kurzen Zwischenspielen von 1920 an als Professor für Pädagogik an der Universität Riga in Lettland.

Von der Saat, die er und Stump in Bern und Hofwil gestreut hatten, keimte dennoch etwas. Aus den von ihnen betreuten Jahrgängen wuchsen Individualitäten heran, unter denen manche auf ganz verschiedenen Gebieten neue Wege gingen und neue Richtungen wiesen. Für Bern und seine Schule aber stellte sich die Frage, ob neben den Kräften des Beharrens auch Ungewohntes erwünscht sei und ob es sich durchzusetzen vermöge, wenn Auswärtige dafür fochten<sup>69</sup>.

Wurf die Ausbildung der Lehrer hohe Wellen in der Öffentlichkeit, so vollzog sich jene der Lehrerinnen im Bernbiet Jahrzehnte lang eher in der Stille. Seit 1838 bestand für sie eine Normalanstalt als Anhängsel zum Pfarrhaus in Hindelbank. Doch wurden mehr als drei Viertel aller Lehrerinnen nicht hier auf ihren Beruf vorbereitet, sondern an der von der Einwohnergemeinde Bern getragenen Fortbildungsabteilung der städtischen Mädchenschule und an der privaten evangelischen Neuen Mädchenschule in Bern. An Vorschlägen und Plänen für Ausbau und Reformen in Hindelbank fehlte es nicht, doch mündeten sie noch im frühen 20. Jahrhundert immer wieder in Improvisationen und Provisorien.

Gegen Ende des Ersten Weltkrieges führten dann personelle Schwierigkeiten bei der Besetzung des Direktorpostens zu einer Lösung auf längere Sicht. Aus einer Vielzahl geprüfter Varianten siegte schliesslich die Idee, das Seminar ohne Konvikt und mit mehr Schülerinnen als bisher in Thun statt in Hindelbank zu führen, ohne dass deshalb das stadbernische Seminar, das im Monbijouquartier seine Stätte gefunden hatte, oder die Neue Mädchenschule ihre Klassenzahl verkleinert hätten. Zwar empfahlen sich Bern, Biel und Burgdorf als Standorte ebenfalls, doch bestanden dort bereits andere höhere Mittelschulen und staatliche Betriebe. Zudem war der

Erziehungsdirektor, Regierungsrat Lohner, ein Thuner und bot Thun gratis ein ausgezeichnetes Grundstück und Geldbeiträge. So blieb der Bau innerhalb der Finanzkompetenz der Legislative und brauchte keinen Volksentscheid, den man nach dem Streit um das Oberseminar und seinen Direktor fürchtete.

Am 19. März 1918 stimmte die Mehrheit des Grossen Rates der Vorlage zu, im Januar 1922 begannen die Bauarbeiten und am 26. Oktober 1923 fand das Fest zur Eröffnung des Seminars statt.

Warum gelang bei den Lehrerinnen die Erneuerung der Ausbildung mit weit weniger öffentlichem Zank als bei den Lehrern? Der Zeitpunkt war eigentlich nicht günstiger, stand es doch bei Kriegsende besonders schlecht um die Kantonsfinanzen und herrschte Lehrerinnenüberfluss.

Aber das grosse Geschehen in der Welt und der Eidgenossenschaft hatte die Bedeutung gewisser Streitigkeiten und Schlagwörter zurechtgerückt. Zwar gab es auch jetzt Widerstand gegen die Verlegung eines Seminars vom Lande in eine Stadt, doch es fehlte dieser Opposition ein energetischer und wortgewaltiger Streiter wie Ulrich Dürrenmatt, der 1908 gestorben war. Ihn hatten Erinnerungen und Ressentiments aus der eigenen Seminarzeit mitgeprägt, während aus Hindelbank keine «Ehemaligen» im Grossen Rat sitzen konnten. Vor allem hatte sich Hindelbank abseits der kantonalen Politik entwickelt. Das Lehrerseminar in Münchenbuchsee und Hofwil aber war eine Hochburg des Freisinns, wo man den Streit mit den Konservativen nicht scheute. Dazu forderten kantige Persönlichkeiten wie Jakob Stump oder Ernst Schneider, aber auch wie Albert Gobat eher Widerspruch heraus als der vorsichtige Taktiker Emil Lohner, der Hindernissen für das Thuner Seminar möglichst aus dem Wege ging. Und schliesslich war man schon in eine Zeit eingetreten, in der Erscheinungen wie Abstinenz und Psychoanalyse nicht mehr überall als Bürgerschreck wirkten<sup>70</sup>.